Friedensbewegung und Sozialdemokratie – vom Kaiserreich bis zur Weimarer Republik

(**Regal „Geschichte der Friedensbewegung“** https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/015111.html)

Von Richard Barkeley, 1947

> „Zwei Wege liegen heute vor Europa offen, der eine führt zu endlosen Appellationen an die Schärfe des Schwertes und zu Verewigung jener Greuel des Krieges, die wir heute mit Entsetzen vor uns sehen; der andere zum Siege der Humanität und zur Begründung höherer Garantien für die Freiheit und Wohlfahrt der Völker, als eine egoistische Staatskunst, gestützt auf Waffengewalt, sie je zu bieten vermöchte.“ Friedrich Albert Lange (1828-1875)

Als Bismarck am 8. Oktober 1862 das Amt eines Ministerpräsidenten in Preußen übernahm, war seine programmatische Feststellung: „Die großen Fragen unserer Zeit werden nicht durch Majoritätsbeschlüsse gelöst werden, sondern durch Blut und Eisen.“ Es war eine Folge dieser Blut-und- Eisen-Diät, daß das deutsche Volk weniger an der Weltfriedensbewegung Anteil nahm, als man auf Grund des deutschen Beitrages zur Weltkultur in früheren Epochen hätte erwarten können. Man kann es nicht leugnen: im selben Verhältnis, wie Deutschland, militärisch erstarkt, zur Großmacht und ersten Macht des Kontinentes wurde, verringerte sich sein Ansehen als geistige Großmacht. […] Im deutschen Volke selbst machte die deutsche Friedensbewegung in den Jahren bis 1914 nicht viel Fortschritte, und ihr Einfluß blieb gering. […]

1. Pazifismus in der Sozialdemokratie vor 1914

Wir haben gesehen, daß die Friedensbewegung in Deutschland trotz großem Idealismus ihrer führenden Mitglieder nicht viel, wenn überhaupt etwas erreichte in jenen Tagen vor 1914. Die Friedensvereine, die Gründungen Intellektueller, waren unpolitisch und lehnten, schon aus agitatorischen Gründen, ab, eine Art Vorschule der Sozialdemokratie zu sein. Diese Partei umfaßte in Organisationen und Wählerschaft große Massen von Antimilitaristen, die dem organisierten Pazifismus fernblieben, einmal, weil sie sich nicht mit sogenannten Bürgerlichen in gemeinsamen Organisationen zusammenschließen wollten – die Unterscheidung zwischen sogenannten proletarischen und bürgerlichen Organisationen war damals noch viel schärfer als später in der Republik –, und dann, weil sie der Meinung waren, daß ihre kriegsgegnerischen Ziele in der sozialdemokratischen Partei einer viel gründlicheren Verwirklichung entgegengingen. Es ist daher durchaus nicht überflüssig, sondern unbedingt notwendig, festzustellen, wie jene Partei sich zur Friedensbewegung und Abrüstung einstellte, wenn man die deutsche Friedensbewegung als Ganzes betrachtet. Die Erklärung der beiden Sozialdemokraten im Norddeutschen Reichstag, Bebel und Wilhelm Liebknecht, am 21. Juli 1870, nämlich:

> „Der gegenwärtige Krieg (d. h. der deutsch-französische, d. V.) ist ein dynastischer Krieg, unternommen im Interesse der Dynastie Bonaparte, wie der Krieg von 1866 im Interesse der Dynastie Hohenzollern. Die zur Führung des Krieges dem Reichstag abverlangten Geldmittel können wir nicht bewilligen, weil dies ein Vertrauensvotum für die preußische Regierung wäre, die … den gegenwärtigen Krieg vorbereitet hat. Ebensowenig können wir die geforderten Geldmittel verweigern, denn es könnte dies als Billigung der frevelhaften und verbrecherischen Politik Bonapartes aufgefaßt werden. Als prinzipielle Gegner jedes dynastischen Krieges, als

> Sozialrepublikaner und Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation … können wir uns daher weder direkt noch indirekt für den gegenwärtigen Krieg erklären und enthalten uns daher der Abstimmung …“

kann nicht ganz als prinzipielle Stellungnahme der Sozialdemokraten zum Problem des Krieges angesehen werden. Die beiden Abgeordneten enthielten sich der Stimme, nicht, weil sie Pazifisten waren – denn das geht aus der Erklärung nicht hervor, vielleicht waren sie es auch gar nicht –, sondern nur deshalb, weil sie den Staat, der Krieg führte, als solchen ablehnten. Diese Richtung der Staatsfeindschaft war zu jener Zeit noch besonders ausgeprägt, denn die anarchistischen und syndikalistischen Tendenzen innerhalb der sozialistischen Ideologie waren damals viel stärker als nach Erlöschen des Sozialistengesetzes. Überdies war damals noch die marxistische Ideologie gerade in den führenden Köpfen der Partei sehr stark. Nach dieser Theorie war der Staat nur ein Unterdrückungsinstrument gegenüber der Arbeiterklasse, und es war selbstverständlich, daß die Sozialdemokraten diesem Staat gegenüber „jeden Mann und jeden Groschen“ verweigerten, ganz besonders, wo es sich um die Armee, also das Unterdrückungsinstrument des Unterdrückungsinstrumentes, handelte.

Wenn auch viele Anhänger sowohl als auch Gegner der Sozialdemokraten diese prinzipielle Ablehnung des Heeresvoranschlages für Pazifismus hielten – die Sozialdemokratie war durchaus nicht pazifistisch. Friedrich Engels, der nach Marx’ Tod die Stellung eines Hohepriesters des Marxismus einnahm, führte nicht nur im Freundeskreis den Spitznamen „The General“, sondern war durchaus kein Pazifist. Er wollte nur die stehenden Heere abschaffen und durch Milizen, also eine allgemeine Volksbewaffnung, ersetzen, aber von Abrüstung ist in seinen Schriften nicht die Rede. Folgerichtig forderte daher das erste sozialdemokratische Parteiprogramm, Gotha, 1875, „Allgemeine Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere“ (Punkt 3) und in Punkt 2 „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“. Daneben ist wohl noch in der Einleitung von der „Verbrüderung aller Menschen“ die Rede, aber der Pazifismus als solcher wurde nicht erwähnt.

Erst als die immer mehr zur Last werdende internationale Aufrüstung einerseits und die immer stärker drohende Kriegsgefahr andererseits die Fragen von Abrüstung und Schiedsgericht zum Diskussionsgegenstand aller Kreise, nicht nur der sozialdemokratischen, machte, nahm auch die sozialdemokratische Partei nochmals hierzu Stellung. Das neue sozialdemokratische Parteiprogramm, das nach dem Ablauf des Sozialistengesetzes möglich wurde, Erfurt 1891, brachte daher eine interessante Ergänzung der Gothaer Forderungen, nämlich „Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege“. Damit und erst jetzt wird also eine pazifistische, kriegsgegnerische Forderung Bestandteil des Parteiprogramms. Allerdings wird zur selben Zeit und im selben Absatz des Programms Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit gefordert, was weniger pazifistischen Grundsätzen entspricht. Gleichzeitig wurde das Gothaer Programm dahin abgeändert, daß nunmehr an Stelle des Volkes die Volksvertretung über Krieg und Frieden entscheiden solle. Solch eine Entscheidung, kann man wohl sagen, war die Reichstagssitzung vom 4. August 1914 mit ihrem einstimmigen Beschluß der Kriegskredite, also völlig im Einklang mit dem Erfurter Programm.

Trotz einiger mäßiger pazifistischer Forderungen im Programm war aber die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht immer sehr kriegsgegnerisch, obwohl die Partei bei Freund und Feind so angesehen wurde. Nachdem 1899 das Sozialistengesetz gefallen war und der Druck, der auf der Partei gelastet hatte, wich, machte die bisherige unbedingte Opposition einer mehr zugänglichen Stimmung auch in militärischen Dingen Platz. Immer wieder begegnen wir auf Parteitagen Kritiken des Verhaltens der Reichstagsfraktion wegen der Militärfrage, so Halle 1890, Hamburg 1897, Hannover 1899.

1906 kam auf dem Parteitag von Mannheim ein von Dr. Liebknecht begründeter Antrag zur Verhandlung, der forderte: „Eine besondere antimilitaristische Propaganda ist systematisch zu entfalten! Zu diesem Zweck ist ein ständiger Ausschuß zu bilden.“ Dr. Liebknecht führte zu dessen Begründung aus:

> „Es ist Ihnen allen wohlbekannt, in welchem Umfange unsere Bruderparteien … sich mit der antimilitaristischen Propaganda befaßt haben und mit welchem Erfolg. In Deutschland sind wir auf diesem Gebiet noch weit zurück … Der Antrag ist so vorsichtig gefaßt, daß ihm gegenüber alle die Ängstlichkeiten und Besorgnisse, die in Deutschland gegenüber dem Antimilitarismus geradezu traditionell sind, in die Luft verfliegen müssen. Beschließen Sie … die Schaffung dieses antimilitaristischen Ausschusses als eines Generalstabes gegen den Militarismus, das heißt gegen das stärkste Bollwerk des Kapitalismus, das uns noch lange widerstehen kann, wenn wir den Unverstand der großen Masse längst überwunden haben werden, gegen den Militarismus, durch den der Kapitalismus sich vor der demokratischen Entwicklung verschanzt, sie verfälscht, und der unser Volk aufs schlimmste brutalisiert und barbarisiert …

Bebel, der für den Parteivorstand erwiderte, wollte von diesem Antrag nichts wissen und sprach in Wendungen, die schon die Zeit nach 1914 vorahnen lassen:

> „Gegen den Antrag erklären wir uns auf das entschiedenste, selbst auf die Gefahr hin, daß wir als Schwarzseher oder für noch Schlimmeres angesehen werden … Auf etwas Derartiges wird sich der Parteivorstand niemals einlassen, und wenn Sie das beschließen, dann bitte, wählen Sie Ihre besonderen Organe dazu. Es ist auch falsch, wenn Liebknecht sagt, selbst wenn wir die allgemeine Aufklärung haben, sind wir immer noch nicht so weit, daß wir mit dem Militarismus fertig werden können.
> … Wenn das Maß der Kenntnisse im deutschen Volk vorhanden ist, das er (Liebknecht) voraussetzt, dann räumen wir allerdings auch mit dem Militarismus auf. Lehnen Sie den Antrag ab. Wir haben gar nicht nötig, einen solchen Ausschuß einzusetzen. Es gibt in ganz Europa keine zweite sozialdemokratische Partei, die systematischer den Kampf gegen den Militarismus auch im Parlament führt wie gerade die deutsche Sozialdemokratie …“

Man muß zugeben, daß diese Erwiderung sachlich sehr schwach war; trotzdem machte Bebels Persönlichkeit so viel Eindruck auf den Parteitag, daß er Liebknechts Antrag ablehnte.

Bebels Haltung war nicht immer so negativ wie im Falle des Antrages Dr. Liebknechts. Der Parteitag von Essen, 1907, beschäftigte sich eingehend mit der bekannten Reichstagsäußerung Bebels, daß er, falls es zu einem Krieg mit Rußland käme, noch in seinen alten Tagen die Flinte auf den Buckel nehmen würde. Damals also schon, sieben Jahre vor jenem 4. August, begann man innerhalb der Sozialdemokratischen Partei die Vorbereitungen für den Umfall. So sagte Noske, von dem später noch zu reden sein wird, auf jenem Parteitag:

> „Ein Parteiblatt meinte, es sei nicht notwendig gewesen, davon zu sprechen, daß die Sozialdemokraten gewillt seien, zur Abwehr eines Angriffes auf Deutschland die Flinte auf den Buckel zu nehmen … Das Wort kann unmöglich als ein Verstoß gegen die Parteiinteressen angeführt werden, sondern ist eine selbstverständliche Folgerung aus der bisherigen Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Kriege … Mit Nachdruck ist von mir betont worden, daß im Fall eines Angriffes auf Deutschland, im Fall ernstlicher Bedrohung unseres Landes die Sozialdemokraten ihr Vaterland begeistert verteidigen wollen.“

Bebel hieb in dieselbe Kerbe:

> „… Wenn wir wirklich einmal das Vaterland verteidigen müssen, so verteidigen wir es, weil es unser Vaterland ist … Ja, es wäre doch traurig, wenn wir heute, wo große Kreise des Volkes sich Tag für Tag viel mehr um die Politik kümmern wie früher, noch nicht sollten beurteilen können, ob es sich im einzelnen Falle um einen Angriffskrieg handelt oder nicht … Jedenfalls wäre es traurig, wenn Männer, die die Politik sozusagen zu ihrem Berufe gemacht haben, nicht sollten beurteilen können, ob es sich um einen Angriffskrieg handelt oder nicht …“

Wenn auch Bebel mit seiner Annahme, daß die Sozialdemokraten das Vaterland verteidigen würden, durchaus recht behielt, seine zweite Voraussetzung, daß die Politiker seiner Partei einen Angriffskrieg von einem Verteidigungskrieg würden unterscheiden können, war leider nicht richtig, wie deren Verhalten am 4. August 1914 bewies.

Trotzdem, während der letzten Jahre vor dem ersten Weltkrieg traten die deutschen Sozialdemokraten zu Hause wie im Ausland bei feierlichen Gelegenheiten als die Fürsprecher des Friedens und der internationalen Verständigung auf, und es gab tatsächlich einen starken pazifistischen Flügel der Partei, dessen Äußerungen im In- und Ausland immer wieder als Beweis für den Pazifismus der Gesamtpartei genommen wurden, den es als solchen gar nicht gab. Trotzdem muß man sagen, daß die Sozialdemokratie trotz aller kriegerischen Äußerungen immer gegen die wachsenden Differenzen zwischen Deutschland und England ankämpfte, wie die wiederholten Parteitagsbeschlüsse beweisen:

> „Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie erklären, daß sie die Versuche, zwischen dem englischen und dem deutschen Volke Unfrieden zu stiften und die beiden Völker, die mit in der vordersten Reihe der Kulturnationen stehen, zu einem Krieg zu verhetzen, auf das entschiedenste als gewissenlos und verbrecherisch verurteilen; sie erklären weiter, daß die deutsche Sozialdemokratie entschlossen ist, vorkommendenfalls mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften den Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden Völkern zu verhindern.“ (Jena, 1905.)

Und:

> „Das gemeingefährliche und verbrecherische Treiben bestimmter Kreise, zwei Kulturvölker wie das englische und das deutsche gegenseitig zu verhetzen und zum Kriege aufzustacheln, dient nur den engherzigsten und kurzsichtigsten Interessen der ausbeutenden und herrschenden Klassen. Es steht im schroffsten Gegensatz zu der Gesinnung internationaler Brüderlichkeit der ausgebeuteten Massen aller Nationalitäten, welche durch die engste Solidarität der Interessen miteinander verbunden sind … Angesichts der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge, denen zufolge jeder Konflikt zwischen zwei Kulturnationen die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt, macht es der Parteitag dem Proletariat Deutschlands zur besonderen Pflicht, … mit allen … Mitteln für die Überwindung des chauvinistischen Geistes und die Sicherung des Friedens einzutreten.“ (Nürnberg, 1908.)

Aber auch die Verständigung mit Frankreich wurde durch viele internationale Kundgebungen in den Jahren vor 1914 sehr gefördert. Der sozialdemokratische Wahlsieg 1912, der diese Partei mit 110 Sitzen zur stärksten des Reichstages machte, wurde im Ausland vielfach als ein Zeichen betrachtet, daß sich Deutschland auf friedlicheren Pfaden befinde, als nach den Reden des Kaisers anzunehmen war, denn die SPD galt einmal als pazifistisch.

Im November 1912 fand in Basel ein internationaler sozialdemokratischer Kongreß statt, der in schärfster Weise gegen die drohende Kriegsgefahr Stellung nahm. Ein ausbrechender Krieg solle, so verlangte die Resolution, zum Anlaß der sozialen Revolution gemacht werden:

> „Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht der Sozialdemokratie, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

Eine internationale Konferenz in London nahm angesichts der zweiten Marokkokrise am 4. August 1911 folgende Resolution an:

> „Die deutschen, spanischen, englischen, holländischen und französischen Delegierten der Arbeiterorganisationen erklären, bereit zu sein, sich jeder Kriegserklärung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu widersetzen. Jede vertretene Nation übernimmt die Verpflichtung, gemäß den Beschlüssen … gegen alle verbrecherischen Umtriebe der herrschenden Klassen zu handeln."

Der französische Sozialist Jaurès war beim Baseler Kongreß so begeistert, daß er erklärte:

> „Die Internationale vertritt alle sittlichen Kräfte der Welt! Und wenn einmal die tragische Stunde schlägt, in der wir uns ganz hingeben müßten, dieses Bewußtsein würde uns stützen und stärken. Nicht nur leichthin gesprochen, nein, aus dem Tiefsten unseres Wesens erklären wir, wir sind zu allen Opfern bereit."

Die anwesenden deutschen Sozialdemokraten waren ebenfalls begeistert; so sagte am 3. Dezember 1912 der sozialdemokratische Abgeordnete David im Reichstag über den Baseler Kongreß:

> „… Was sich hier vollzieht, das sollte Ihnen doch klar werden. Die Massen hören auf, willenlose, gedankenlose Herden zu sein. Das ist neu in der Geschichte. Früher haben sich die Massen blindlings von denen, die Interesse an einem Krieg hatten, gegeneinander hetzen und in den Massenmord treiben lassen. Das hört auf. Die Massen hören auf, willenlose Instrumente und Trabanten irgendwelcher Kriegsinteressen zu sein."

Lange hielt diese Begeisterung nicht an. Im April 1913 brachte die Reichsregierung eine Vorlage zur Erhöhung des Heeresstandes um 136.000 Mann ein. Zur Deckung dieser und anderer Neuerungen, besonders in der Bewaffnung, wurde ein einmaliger Wehrbeitrag in Höhe von einer Milliarde Mark beantragt. Die Sozialdemokraten stimmten gegen die Erhöhung des Heeresstandes, ebenso wie die Abgeordneten der nationalen Minderheiten. Alle anderen Parteien stimmten lückenlos dafür, ein Zeichen, wie wenig Einfluß die damals immerhin schon zwanzig Jahre alte Friedensbewegung in Deutschland hatte. Die Reichsregierung war jedoch klug genug, zur Deckung des einmaligen Wehrbeitrages eine gestaffelte, steigende Vermögenssteuer vorzuschlagen. Diesem Zauber, einer gestaffelten Vermögenssteuer, konnten sich die Sozialdemokraten nicht entziehen und stimmten am 25.6.1913 für den Wehrbeitrag.

Das war dem Parteitag denn doch zuviel. Dieser, der im Herbst 1913 in Jena zusammentrat, kritisierte in schärfster Weise die Haltung der Reichstagsfraktion. Vertreter der Linken und der Revisionisten sprachen gegen die Parteileitung. Diese Kritiker beantragten einen Zusatz zum Bericht des Parteivorstandes, der folgenden Inhalt hatte (aus dem Englischen rückübersetzt):

> „Der Militarismus ist die stärkste Waffe der herrschenden Klasse und muß ohne Unterlaß bekämpft werden. Deshalb müssen unsere Reichstagsabgeordneten alle Gesetze ablehnen, die den Militarismus stärken könnten, einschließlich solcher Steuern, direkter oder indirekter, die die Kosten des Militarismus decken sollen."

Dieser Antrag wurde abgelehnt. Das Stimmenverhältnis, 330 gegen 142, zeigt, daß die überzeugten Pazifisten nicht einmal ein ganzes Drittel der Parteitagsdelegierten stellten.

Der Pazifismus verfügte eben, wie immer wieder aus den angeführten Tatsachen hervorgeht, nur über eine schmale Anhängerschicht innerhalb der führenden Kreise der Partei. Die große Masse der Wähler freilich nahm die in der Parteipresse gelegentlich, wie z. B. am 1. Mai, veröffentlichten pazifistischen Resolutionen und Artikel für bare Münze. Die Mehrheit der Führer, Männer wie Bebel, Ebert, Scheidemann, Noske, um nur einige zu nennen, betrachteten die Kriegsgegnerschaft als einen Gegenstand internationaler Debatten oder Festreden und erklärten sich immer wieder bereit, „ihr Vaterland in der Stunde der Not" zu verteidigen. Da der ganze Reichstag, dem diese Leute angehörten, kein wirkliches Parlament war, sondern nach der Bismarck-Verfassung nur eine Versammlung mit der Erlaubnis, Parlament zu spielen, konnte eine solche „Not des Vaterlandes" von „oben" her sehr leicht erzeugt werden und wurde ja auch dann wirklich erzeugt, wobei die meisten sozialdemokratischen Führer nicht nur leicht und ohne jedes selbständige Urteil auf den alldeutschen Leim gingen, sondern auch sehr lange brauchten, sich davon zu lösen.

Noch ganz kurz vor dem 4. August 1914 waren manche Artikel in der sozialdemokratischen Parteipresse auf einen Ton gestimmt, der bei der Masse der Parteimitglieder keinerlei Zweifel an der aufrichtigen pazifistischen Einstellung der Partei aufkommen ließ. So schrieb der Berliner „Vorwärts" am 25. Juli 1914:

> „… Weil das Blut Franz Ferdinands und seiner Gattin … geflossen ist, soll das Blut von Tausenden von Arbeitern und Bauern fließen, ein wahnwitziges Verbrechen soll von einem weit wahnwitzigeren Verbrechen übergipfelt werden … Aber in Berlin spielt man dabei ein genau so gefährliches Spiel wie in Wien …"

Am 30. Juli 1914 schrieb der „Vorwärts":

> „Das sozialistische Proletariat lehnt jede Verantwortung ab für die Ereignisse, die eine bis zum Aberwitz verblendete herrschende Klasse heraufbeschwört … Alle Verantwortung fällt auf die Machthaber von heute …"

Ebenso war es in der Provinz. Die „Bergische Arbeiterstimme" (Solingen) am 24. Juli 1914:

> „… Österreich will den Konflikt mit Serbien …, aber die Sache ist doch zu plump angefangen, als daß die Täuschung der öffentlichen Meinung Europas gelingen könnte … In Deutschland aber dürfen es die Machthaber … nicht wagen, das Leben eines einzigen Soldaten für die verbrecherische Machtpolitik der Habsburger aufs Spiel zu setzen, ohne den Volkszorn gegen sich heraufzubeschwören …"

Diese Beispiele, die beliebig vermehrt werden könnten, müssen genügen. Sie zeigen die großen Worte der Parteipresse. Aber es blieben eben nur Worte.

Als „der Krieg dann dennoch ausbrach“, da waren viele sozialdemokratische Führer nur zu bereit, zu beweisen, daß sie nicht der Kinderschreck waren, für den die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland sie 50 Jahre lang gehalten hatte. Die Bereitschaft, mit der die Führung der Partei den Krieg akzeptierte, zeigte, daß sie seit Jahrzehnten auf diesen Verrat ihrer Grundsätze gewartet haben mußte. Daß das Vertrauen der Wähler in ihre gewählten Vertreter damals am 4. August 1914 und noch später infolge der positiven Haltung der Mehrzahl der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Krieg zerstört wurde, hat wesentlich mit zum Untergang des Parlamentarismus in Deutschland beigetragen.

2. Kriegsrausch 1914 und erstes Besinnen

Im August 1914 waren es 43 Jahre, daß Preußen-Deutschland keinen Krieg mehr geführt hatte. Wohl hatten die Reden des Kaisers und anderer, die ganze deutsche Außenpolitik seit Bülow und auch schon vorher, die Veröffentlichungen des Alldeutschen Verbandes und ähnlicher Körperschaften, die sich übersteigenden Militär- und Flottenvorlagen wenig Zweifel an der kriegerischen Einstellung Deutschlands gelassen, aber der Sturm der Begeisterung, der am 4. August 1914 durch Deutschland fegte, kam doch als Überraschung für Freund und Feind. 20 Jahre Friedensbewegung, 110 Sozialdemokraten im Reichstag, die internationale Verflechtung des deutschen Kapitalismus und der deutschen Wissenschaft, alles war ausgelöscht. Die Zahl derer, die in dem Rausch der ersten Begeisterung ihre Fassung und aufrechte Haltung, ihr eigenes Denken und Urteil behielten, war sehr gering.

Die Sozialdemokraten hatten ihren Umfall und ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten mit der Notwendigkeit der Abwehr der „Horden des Zarismus“ begründet. Dieses Alibi gelang nicht ganz, denn vorläufig wenigstens war ja der Hauptkampf gar nicht gegen Rußland, sondern, im Einklang mit dem Schlieffen-Plan, gegen Belgien und Frankreich gerichtet. Trotzdem wurde in der sozialdemokratischen Presse der Kampf gegen Rußland als das Hauptargument immer wieder abgeleiert, so z. B.:

> „… Die Losung ist überall die gleiche: gegen russische Despotie und Hinterhältigkeit …“ („Bielefelder Volkswacht“, 4.8.1914.) – „Wenn es richtig ist, daß wir von Rußland angegriffen wurden – und alle Meldungen haben das bisher so zu erkennen gegeben –, so ist es selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie alle Mittel für die Verteidigung bewilligt …“ („Volksblatt“, Halle, 8.8.1914.)

Aber bald kommen auch schon Stimmen, die nicht Rußland als den einzigen Feind anerkennen:

> „Tut eure Pflicht, ihr Freunde, gleichviel, wohin euch das Schicksal stellt! Ihr kämpft für die Kultur Europas, für die Freiheit eures Vaterlandes und euer eigenes Wohlergehen.“ („Rheinische Zeitung“, 5.8.1914.)

> „Das ganze westliche Europa hat das Lebensinteresse, den scheußlichen mordbübischen Zarismus auszurotten. Dies Menschheitsinteresse wird aber erdrückt von der Gier der kapitalistischen Klassen Englands und Frankreichs, die Profitmöglichkeiten aufzuhalten, die bisher deutsches Kapital ausübte.“ („Elberfelder Zeitung“, 5.8.1914)

Aber den kapitalsten Bockmist von Kriegsbegeisterung brachte doch wohl die „Frankfurter Volksstimme“ vom 18. August 1914:

„… Die drangsalierten, gehudelten und gebüttelten Sozialdemokraten treten wie ein Mann auf zum Schutz der Heimat, und die deutschen Gewerkschaftszentralen … berichten übereinstimmend, daß ihre besten Leute sich bei der Fahne befinden. Sogar Unternehmerblätter … melden diese Tatsache … Wir sind aber der Überzeugung, daß unsere geschulten Gewerkschafter noch mehr können als ‚dreinhauen' … Dieses … erfordert … eine solche Disziplin und Klarheit des Blickes auch beim einzelnen Mann, daß sich in diesem Krieg wirklich zeigen wird, wie erzieherisch die Gewerkschaften gewirkt haben … Der russische und französische Soldat mögen Wunder an Tapferkeit vollbringen, in der kühlen, ruhigen Überlegung wird ihnen der deutsche Gewerkschafter über sein … Wenn es also anno 1866 hieß, der Vormarsch der preußischen Truppen sei ein Sieg des Schulmeisters gewesen, so wird man diesmal von einem Sieg des Gewerkschaftsbeamten reden können."

Natürlich konnte in diesem edlen Eifer das „wissenschaftliche" Organ der Partei, die „Neue Zeit", nicht zurückbleiben. Sie schrieb, als schon der erste Katzenjammer dem ersten Begeisterungsrausch hätte gefolgt sein sollen, am 25. September 1914:

„Solange die Frage bloß lautet, ob Sieg oder Niederlage, drängt sie alle anderen Fragen zurück, sogar die nach dem Zweck des Krieges. Also erst recht alle Unterschiede der Parteien, Klassen, Nationen innerhalb des Heeres und der Bevölkerung",

und am 27. November 1914:

„Der Weltkrieg spaltet die Sozialisten in verschiedene Lager und vorwiegend in verschiedene nationale Lager. Die Internationale ist unfähig, das zu verhindern. Das heißt, sie ist kein wirksames Werkzeug im Kriege, sie ist im wesentlichen ein Friedensinstrument."

Hatten die Sozialdemokraten, die „vaterlandslosen Gesellen" einer nicht so fernen Vergangenheit, vom Rausch der Begeisterung mitgerissen, alle Perspektive und alle ihre Grundsätze vergessen, so darf es nicht wundernehmen, daß auch die übrigen Parteien den Rummel ebenso und noch ärger mitmachten. Unter diesen Umständen war natürlich die Arbeit der Friedensgesellschaft [DFG] gänzlich unmöglich geworden, ganz abgesehen davon, daß die Behörden sie nicht zugelassen hätten. Ein Teil der Mitglieder war von dem Strom der Begeisterung fortgerissen worden. Ein anderer, wesentlich geringerer Teil befolgte das Wort des Wieners Karl Kraus: „Wer jetzt zu reden hat, trete vor und schweige." Aber dennoch gab es einige Gehirne in Deutschland, die sich auch im Herbst 1914 weigerten, im Gleichschritt zu arbeiten und andere für sich denken zu lassen. Friedrich Wilhelm Foerster, Professor Nicolai, Albert Einstein, Fürst Lichnowsky, Graf Monts, Tepper-Laski, Graf Leyden, Helmut von Gerlach, Otto Lehmann-Russbüldt und andere zeigten, daß es noch anderen Heldenmut gab als den der Schlachtfelder. A. H. Fried, der Gründer der Friedensgesellschaft, versuchte von der neutralen Schweiz her, wo er nun die „Friedens-Warte" herausgab, die Stimmung in Deutschland zu beeinflussen. Das dort erscheinende Organ der Pazifisten, der „Völkerfriede", wurde bei Kriegsausbruch unter militärische Zensur gestellt und am 17 November 1915 gänzlich verboten. Im April 1916 wurde die Buchhandlung der Friedensgesellschaft behördlich geschlossen. Die Abhaltung zuerst öffentlicher, dann auch geschlossener Versammlungen wurde verboten. Eine Handvoll unentwegter Friedensfreunde und Mitglieder fuhren fort, einander in einem Café in Berlin zu treffen, freilich unter offener und geheimer Polizeikontrolle. Auch dieser letzte Rest der Tätigkeit der Friedensgesellschaft wurde im April 1917 verboten, und zwar, „… da die Vereinstätigkeit von Freunden mit pazifistischen Neigungen in der gegenwärtigen Zeit eine Bedrohung der staatlichen Wohlfahrt darstellt und dadurch eine Bedrohung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung." (Aus dem Englischen rückübersetzt.)

Die genannten Männer jedoch und noch einige, wie Walter Schücking und Professor Quidde, denen der Zustand der Regierung der Kappen über die Köpfe unerträglich war und die den Schwindel vom Verteidigungskrieg schon längst durchschaut hatten, versuchten nun neue Wege, die Saat der Völkerversöhnung weiterhin auszustreuen: zwei neue Organisationen wurden im Krieg gegründet, beide der Kriegsgegnerschaft gewidmet, unter Namen, die nicht sofort dadurch, daß sie irgendwie an Frieden erinnerten, den Zorn und das Verbot der Behörden herausforderten. Es wird immer zu den Ruhmestaten des deutschen Pazifismus zählen, daß es Männer gab, die in einer Zeit der ärgsten Kriegsbegeisterung ihre Überzeugung nicht aufgaben. Die Gründung des „Bundes Neues Vaterland" (der späteren Liga für Menschenrechte) und der „Zentralstelle Völkerrecht" sind Lichtblicke in einer dunklen Periode deutscher Geschichte. Dazu kam noch eine pazifistische Frauenorganisation, die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit".

Der Bund Neues Vaterland war besonders erfolgreich. Er verdankte seine Gründung dem bekannten Herrenreiter Tepper-Laski und dessen treuem Mitarbeiter Otto Lehmann-Russbüldt. Zu diesen fanden sich u. a. der ehemalige deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, und der ehemalige Botschafter Graf Monts. Die Behörden ließen sich längere Zeit durch den Namen täuschen. Aber nach einiger Zeit kamen sie doch darauf, was hier gespielt wurde; zuerst wurde dem Verein verboten, mit Nichtmitgliedern in Verbindung zu treten; dann wurde der Verkehr der Mitglieder untereinander verboten. Haussuchungen, Verhaftungen, Konfiskationen folgten einander. Auch auf Frauen gingen die Behörden los. Die beiden Sekretärinnen, Fräulein Jannasch und Fräulein Bruck, hatten das zweifelhafte Vergnügen, den preußisch-deutschen Militärapparat am eigenen Leib zu spüren. Die eine saß 14 Wochen, die andere 4 Monate im Gefängnis. Das endgültige „Verboten" erging am 7. Februar 1916. Verboten, verboten, verboten – so sah der Kampf gegen den tyrannischen Zarismus aus. Dem Bund Neues Vaterland gebührt das große Verdienst, durch die Verbreitung eines Memorandums des Fürsten Lichnowsky über seine Erfahrungen in London im Juli 1914 zuerst auf die Lüge vom Verteidigungskrieg aufmerksam gemacht zu haben. Überdies hat dieser Verein, unter seinem alten wie unter seinem späteren Namen Liga für Menschenrechte, bis 1933 ohne Kompromiß der Sache des Friedens und der Menschlichkeit gedient wie kaum eine zweite Organisation in Deutschland.

Die Zentralstelle Völkerrecht, die eine „Tarnung" der treugebliebenen Mitglieder der alten Friedensgesellschaft darstellte und nun die Friedensidee im Gewand des Völkerrechtes verbreiten wollte, hatte schon mit ihrer Gründungsversammlung Pech: das Referat Professor Quiddes sowohl als auch die Diskussion wurden verboten. Die Gesellschaft konnte nur ihre Statuten beschließen. Um den ärgsten Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wurde die Zentralstelle Völkerrecht nach Frankfurt a. M. verlegt. Dort konnte sogar, am 3. Dezember 1916, eine öffentliche Versammlung stattfinden. Das war aber auch schon der Schwanengesang der Gesellschaft. Im Januar 1917 mußte dem Kampf gegen die russische Tyrannei ein weiteres Opfer gebracht werden: Strengstens verboten.

Die internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit war die Gründung eines internationalen Frauenkongresses im Haag, April 1915. Wenigstens diese eine Vereinigung, von den Behörden schikaniert und verfolgt, wurde doch nicht gänzlich verboten. Die Forderungen, die im Haag aufgestellt worden waren, nämlich Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, allgemeine Schiedsgerichtsbarkeit, demokratische Kontrolle der auswärtigen Politik, allgemeine Abrüstung, konnten ihrer Verwirklichung freilich nur sehr wenig nähergebracht werden.

Die Tätigkeit der Friedensvereine war jedoch schon vor ihrem Verbot sehr begrenzt. Es war in den ersten Monaten nach Kriegsausbruch fast unmöglich, auf die Bevölkerung in einem anderen Sinne als in dem der Kriegsfanfaren einzuwirken. Nicht nur, daß die behördlichen Einschränkungen und

Behinderungen der Vereinstätigkeit, der Belagerungszustand und die Pressezensur nahezu jede Tätigkeit unmöglich machten, es muß auch als sehr fraglich bezeichnet werden, ob eine pazifistische Propaganda, die schon im Frieden keinerlei Eindruck auf die breiten Massen der Bevölkerung gemacht hatte, nunmehr, in den ersten Kriegsmonaten, größere Erfolgsaussichten gehabt hätte. Der Bund Neues Vaterland sah das durchaus ein und beschränkte seine Tätigkeit auf ganz bestimmte Kreise, von denen man annehmen konnte, daß sie die eigene Urteilskraft doch nicht ganz verloren hatten. Aber die Massen der Bevölkerung waren, vorläufig wenigstens, unzugänglich. Die Lage sah durchaus günstig aus, soweit es der Laie, dem noch dazu nur die amtlich zugelassenen Berichte zur Verfügung standen, beurteilen konnte. Die deutsche Armee kämpfte überall, z. T. sehr tief, in Feindesland. Die wahre Lage wurde durch eine lückenlose Propaganda verschleiert, so daß nur wenige wußten, daß der Schlieffen-Plan versagt hatte und daß die Marneschlacht verloren war. Selbst unter denen, die die wahre Lage kannten, waren viele, die, vom kriegerischen Hund gebissen (um einen Ausspruch Bismarcks zu variieren), einfach nicht wahrhaben wollten, daß es gar nicht so günstig um die deutsche Sache stand. Darunter gab es auch manche, die dann später als gute Europäer gelten wollten und für pazifistische Forderungen eintraten, wie z. B. der spätere Außenminister der Erfüllungspolitik, Rathenau, der die zwangsweise Überführung von 100.000 belgischen Zivilarbeitern nach Deutschland, ebenso wie die Ernennung Ludendorffs zum stellvertretenden Chef des Generalstabes, in die Wege leitete. Stresemann dagegen war damals noch damit beschäftigt, sein Buch „Michel, horch, der Seewind pfeift“ zu schreiben, um darin die Annexion der flandrischen Küste zu betreiben.

Die Massen des deutschen Volkes, in denen sich schon bald, Ende 1914, die ersten Anzeichen von Kriegsmüdigkeit bemerkbar machten, waren von ihren parlamentarischen Vertretern, die die Pflicht gehabt hätten, den wahren Stand der Lage festzustellen, verraten und verkauft worden. Die rechten Parteien waren natürlich in ihrem Element. Denen kann man daraus keinen Vorwurf machen. Die linken Parteien jedoch hätten es besser wissen müssen. Die Fortschrittspartei machte lange den ganzen Schwindel mit. Friedrich Naumann stellte seinen Mitteleuropa-Plan auf, eine Art Frühgeburt von Hitlers Neuer Ordnung. Payer, der später in den Kabinetten Hertling und Max von Baden als Vizekanzler die demokratische Linie zu wahren hatte, sagte noch im Dezember 1915:

> „Es darf nach dem Frieden nicht wieder so sein, wie es vorher gewesen! Mit der Wiederherstellung des früheren Zustandes, die uns unsere Gegner vielleicht zuerkennen möchten, ist uns nicht gedient. So bescheiden sind wir denn doch nicht.“

Die Sozialdemokraten waren nicht viel besser. Sie hatten am 4. August 1914 die Idee vom Burgfrieden akzeptiert und sich loyal daran gehalten. Über ihre Einstellung zu den Kriegskrediten wird im nächsten Kapitel noch zu reden sein. Aber auch ihre Einstellung zum Problem der Kriegsziele entsprach nicht sozialistischen Grundsätzen. Scheidemann hatte wohl im Reichstag am 9. Dezember 1915 erklärt, daß Annexionen volksfremder Gebiete gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstießen, aber schon vier Monate später, am 8. April 1916, sagte er in derselben Versammlung, daß er natürlich nicht auf dem Standpunkt stehe, daß keinerlei Grenzberichtigungen vorgenommen werden dürften.

Trotzdem war die Haltung der Sozialdemokraten geradezu pazifistisch, wenn man sie mit der der anderen Parteien vergleicht. Fast bis zum bitteren Ende haben die deutschen Parteien nicht den Mut aufgebracht, die Militärherrschaft, die Mitte 1916 in eine Diktatur Hindenburg-Ludendorff ausartete, zu bekämpfen. Die Haltung der nichtsozialdemokratischen Parteien in den ersten Kriegsjahren wird am besten in ihrer gemeinsamen Reichstagserklärung am 9. Dezember 1915 zum Ausdruck gebracht:

„Wir warten in voller Einigkeit, mit ruhiger Entschlossenheit – und lassen Sie mich einfügen: in Gottvertrauen – die Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfang und mit allen Mitteln, *einschließlich der dazu erforderlichen Gebietserwerbungen*, gewahrt, werden müssen." (Die Erklärung wurde von Dr. Spahn, Zentrum, abgegeben. – Hervorhebung v. V.)

Da also einerseits die Friedensbewegung, selbst wenn sie über die nötigen, geschulten Führer verfügt hätte – und man kann ohne weiteres annehmen, daß die deutschen Pazifisten von 1914 bei allem guten Willen keine politischen Führer waren –, infolge der Verfolgungen und der Zensur nicht an die Massen herankommen konnte und andererseits die politischen Parteien allen Einfluß, den sie noch von früher hatten, in den Dienst des Krieges stellten, so fand die bald erwachende Kriegsgegnerschaft eines großen Teiles des deutschen Volkes für lange Zeit keinerlei Ausdruck. Auch später, als es unmöglich wurde, die immer wachsende Kriegsmüdigkeit gänzlich zu übersehen, taten die politischen Parteien ihr Bestes, den Krieg hinauszuziehen, bis alles zusammenbrach – wie wir im nächsten Kapitel zu beweisen hoffen – und jeder Verständigungsfriede unmöglich wurde. Die Vergiftung Deutschlands mit nationalistischen Ideen hatte nicht nur die Friedensbewegung auf eine ganz schmale Schicht begrenzt, sondern darüber hinaus verhindert, daß die im Volke vorhandene Kriegsgegnerschaft entsprechenden Ausdruck fand.

3. Wachsende Kriegsgegnerschaft

Wie sehr die kriegerische Stimmung in Deutschland schon im Jahre 1916 umgeschlagen hatte, geht am klarsten aus den Gedichten jener Monate hervor. Die ersten Monate des Krieges hatten eine Fülle von kriegsbegeisterten Versen hervorgebracht, und selbst Dichter vom Range Dehmels waren vom Strom der Begeisterung mitgerissen worden. Kaum eine Handvoll deutscher Dichter hatten in jenen Monaten der Begeisterung 1914-1915 ihr eigenes Urteil bewahrt. Jedoch die nutzlosen Hekatomben von Langemarck und Fort Doaumont, die die Blüte der deutschen Jugend verschlangen, hatten die Augen der Frontkämpfer geöffnet, und die Unmöglichkeit, sich einmal satt zu essen, während es einer schmalen Schicht von Spekulanten und Kriegslieferanten an nichts gebrach, hatte den grauen Millionen, die im Hinterland für den Nachschub an die Front zu sorgen hatten, jede Spur einer einmal vorhandenen Begeisterung geraubt. Die Unzulänglichkeit der Organisation und der fehlgeschlagene Schlieffen-Plan hatten die Legende vom frisch-fröhlichen Krieg rasch zerstört, und was 25 Jahre Friedensbewegung nicht zustande gebracht hatten, wurde von 25 Monaten Krieg leicht erreicht. Die Abscheu vor dem Kriege wuchs, und während die wenigen Flugschriften der Pazifisten noch wenige Monate vorher machtlos dem alldeutschen Propaganda-Apparat von Staat, Schule, Kirche, Presse das Feld hatten räumen müssen, zeigte sich jetzt, daß die Sägespäne des Kriegsbrotes oder der Dreck des Schützengrabens noch wirksamere Propagandamittel waren.

Heinrich Lersch, der bei Kriegsausbruch auch anders gedichtet hatte, drückte es nun so aus:

Ich seh die Millionen die Arme ausbreiten
Nach Ruhe und Frieden.
Und hör' sie von neuem aufschrecken und schreien;
Verfluchen ihr Leben!
Verfluchen den Krieg!
Verfluchen den Sieg! Verzeihen
Ihrer Mutter nicht den Tag der Geburt.

Ein anderer Arbeiterdichter, Gerrit Engelke, träumte ebensosehr von der Völkerversöhnung:

Herauf aus Gräben, Lehmhöhlen, Betonkellern, Steinbrüchen!
Herbei! Kameraden! Denn von Front zu Front, von Feld zu Feld
Komme euch allen der neue Feiertag der Welt!

Aus allen Brüsten dröhne eine Bebung:
Der Psalm des Friedens, der Versöhnung, der Erhebung!
Und das meerrauschende, dampfende Lied,
Das hinreißende, brüderumarmende,
Das wilde und heilig erbarmende
Der tausendfachen Liebe laut um alle Erden!

Fritz von Unruh, ein Berufsoffizier, war schon im September 1914 innerlich mit dem Krieg fertig und brachte das auch zum Ausdruck:

Ein Fußartillerist kam die Straße entlang,
Er lacht und raucht und lacht.
Auf der Schulter trug er ein stöhnend Lamm,
Zum Schlachten wird es gebracht.

In der Kirchhofseck liegen zwei Musketier,
Verkrampft, zerlumpt, blutrot.
Ein Kastanienzweig deckt die Gesichter zu,
Wachsweiß und steif und tot.

Lamm Gottes, ich sah deinen wehen Blick,
Bring Frieden uns und Ruh,
Führ uns bald in die Himmel der Liebe zurück
Und deck die Toten zu.

Wo Verwesung über die Felder weht,
Da halte dein Opfermahl.
Bis wieder der Mensch mit dem Menschen geht
Durch deinen Sternensaal.

Diese Stimmung, die ja nur ein Spiegel dessen ist, was in Millionen Deutschen damals vorging, mußte früher oder später von den Parteien in Deutschland in Rechnung gestellt werden. Eine pazifistische Bewegung, die die Kriegsmüdigkeit hätte ausnützen und zur Massenbewegung hätte werden können, gab es nicht. Blieben also nur die Parteien.

Die Rechtsparteien, Konservative und Nationalliberale, versuchten durch die Gründung der Vaterlandspartei nochmals den Geist vom August 1914 heraufzubeschwören. Zentrum, Fortschrittspartei, Sozialdemokratie aber mußten sich zum Sprachrohr der mächtig anschwellenden pazifistischen Welle machen, wenn sie nicht allen Einfluß auf ihre Wähler verlieren wollten. Da aber der Pazifismus in keiner dieser Parteien über überzeugte Anhänger innerhalb des Führerapparates verfügte, entbehrte diese ganze Bewegung der Echtheit. Die ganze Tätigkeit, die in der Friedensresolution von 1917 gipfelte – es wird von dieser Resolution noch später die Rede sein –,

entsprang nur der Absicht der beteiligten Parteien, die Kriegsmüdigkeit im Volk für ihre Parteizwecke zu benützen. Der Pazifismus dieser drei Parteien, die man dann später als die Weimarer Koalition bezeichnete, d. i. Zentrum, Fortschrittspartei und SPD, war nichts als eine Tarnung. Sie haben in allen entscheidenden Fragen bedingungslos die Gewalt der Obersten Heeresleitung anerkannt. Die einzige, wirklich pazifistische Partei war damals die Unabhängige Sozialdemokratische Partei [USPD], von der noch die Rede sein wird.

Der Krieg hatte die große Masse der Bevölkerung nur deshalb zur Begeisterung aufrütteln können, weil es den kaiserlichen Geschichtsfälschern gelungen war, ihn als Verteidigungskrieg aufzuziehen. 1916 war es jedoch nicht mehr möglich, dieses holde Märchen aufrechtzuerhalten. Die nunmehr einsetzende Propaganda vom Eroberungsfrieden, eine Art Lebensraumpolitik, Ausgabe 1916, wie die Rechtsparteien sie betrieben, war jedoch für leere Mägen schlecht verdaulich. Der ersehnte Friede – d. h. das Ende der Kämpfe und die bessere Versorgung mit Lebensmitteln – schien der Mehrheit der Bevölkerung leicht erreichbar, einfach, wenn Deutschland auf seine Eroberungen im Osten und Westen verzichtete. Wie wenig günstig die militärische Lage war, obgleich die deutschen Armeen tief in Feindesland standen, hatte ja die Zensur geschickt verborgen. Daher erschien ein „Friede ohne Annexionen und Kontributionen“ ein ebenso einfacher wie sicherer Ausweg aus aller Not und dem Elend des Krieges.

Die erste Partei, die für diesen Frieden eintrat, waren die Sozialdemokraten. Sie fragten am 9. Dezember 1915 in einer Interpellation im Reichstag, „unter welchen Bedingungen der Reichskanzler bereit sei, in Friedensverhandlungen einzutreten“. Der Reichskanzler, Bethmann Hollweg, antwortete auf die von Scheidemann begründete Anfrage in recht gemäßigtem Ton, allerdings nicht ganz der Wahrheit entsprechend:

> „… Wir haben diesen Krieg, der uns aufgezwungen wurde nicht begonnen, um andere Völker zu unterwerfen, sondern um unser Leben und unsere Freiheit zu verteidigen …“ (Rückübersetzt aus dem Englischen.)

Aber der Kanzler war ein schwacher Charakter, wesentlich schwächer, als das von Bismarck geschaffene Amt des Reichskanzlers verlangte. Er konnte sich bei aller Anständigkeit seiner persönlichen Gesinnung gegen die Rechte, die im Preußischen Landtag und im ganzen Reich alle Trümpfe in der Hand hatte, in der Obersten Heeresleitung und bei Hof alle wichtigsten Posten besetzt hielt, nicht durchsetzen. Die ganze Interpellation war daher ein Schlag ins Wasser, selbst wenn es den Interpellanten und dem Kanzler darum zu tun gewesen wäre, wirklich zu Friedensverhandlungen zu kommen, denn die Macht der Kriegspartei war viel zu stark. Man kann dabei vielleicht dem Kanzler mehr Aufrichtigkeit zutrauen als den Sozialdemokraten, denn wenn die Sozialdemokraten in ihrem Wunsch nach Frieden aufrichtig gewesen wären, so hätte eine geschlossene Verweigerung weiterer Kriegskredite durch die stärkste Fraktion des Reichstages zweifellos – noch bevor Hindenburg-Ludendorff zu den Diktatoren Deutschlands gemacht worden waren – einen entsprechenden Eindruck auf die Oberste Heeresleitung gemacht.

Zugegeben, nach der Bismarck-Verfassung des Deutschen Reiches war der Reichstag ohne jede wirkliche Macht. Trotzdem wäre eine Reichstagsdemonstration nicht ohne Folgen geblieben. Wie die Sache lag, hatte die Anfrage der Sozialdemokraten keinen andern Zweck, als dieser Partei daheim und im Ausland ein Alibi für Friedensliebe zu verschaffen, was um so nötiger schien, als die Parteispaltung unabwendbar geworden war. Die Reichstagsrede Scheidemanns, mit der er die Anfrage begründete, genügte, ihn im ganzen Lande populär zu machen; ja, man ging so weit, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen als „Scheidemann-Frieden“ zu bezeichnen. Diese Manöver

brachten es mit sich, daß trotz der hartnäckigen Bewilligung aller Kriegskredite ein großer Teil ihrer Anhänger den Sozialdemokraten weiterhin die Treue hielt, ohne sich der neugegründeten Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten anzuschließen.

Am 4.8.1914 hatte wohl die ganze sozialdemokratische Fraktion in der Reichstagssitzung für die Kriegskredite gestimmt, aber in der vorausgegangenen Fraktionssitzung hatten sich 14 Abgeordnete dagegen ausgesprochen. Die Zahl der Kriegsgegner innerhalb der Fraktion wuchs ständig. Im Dezember 1914 waren es 17, im März 1915: 25, im August 1915 schon 36 und im Dezember 1915 gar 43 Abgeordnete, die innerhalb der Fraktion gegen die Bewilligung von weiteren Kriegskrediten stimmten. Bei den meisten von diesen war die Parteitreue stärker als die antikriegerische Gesinnung, und sie stimmten im Hause trotz ihrer Überzeugung mit der Mehrheit. Ein Teil jedoch ging so weit, seine Überzeugung auch bei Abstimmungen im Reichstag selbst zum Ausdruck zu bringen. Bei der schon erwähnten Debatte über die Kriegsziele im Dezember 1915 stellte Haase, der Führer dieser Rebellen, fest, daß 31 Abgeordnete nicht mit der Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einverstanden seien! Im März 1916 stimmte diese Gruppe gegen den Nothaushaltsplan (im Gegensatz zur übrigen Fraktion, die dafür stimmte), wobei Haase den Standpunkt der Gruppe wie folgt begründete:

> „Wir Sozialisten, die wir den Krieg verabscheuen, widersetzen uns selbstverständlich seiner Verlängerung. In den proletarischen Massen wächst das Gefühl, daß sie für Interessen kämpfen sollen, die nicht die ihrigen sind …“

Auf Grund dieses Vorgehens wurde die Opposition von der Mehrheit aus der Fraktion ausgeschlossen und gründete am 24. März 1916 die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“, die zu Ostern 1917 dann den Namen „Unabhängige Sozialdemokratische Partei“ (USPD) annahm. Damit hatte Deutschland seine erste wirklich aufrichtig pazifistische Partei erhalten, die mit unerbittlicher Schärfe während der ganzen Zeit ihres Bestehens nicht vom Kampf gegen Krieg, Kriegsgesinnung und Militarismus abließ.

Im ganzen Jahre 1916 stieg die kriegsgegnerische Stimmung der Bevölkerung im selben Maße, wie die Lebensmittelrationen abnahmen. Auch die Ernennung Hindenburgs zum Oberbefehlshaber am 29. August 1916 vermochte diese Stimmung nicht zu verbessern. Als im Frühjahr 1917 die russische Revolution ausbrach, stiegen wohl die Aussichten der Kriegsfreunde für kurze Zeit; als der gewünschte Sieg jedoch trotzdem auf sich warten ließ, sahen die linken Parteien bald ein, daß nur ein energischer Schritt, der wenigstens teilweise die Gefühle des Volkes berücksichtigen würde, die Lage retten und ernste Unruhen verhindern könne. Zu dieser Zeit war auch schon wenigstens ein Teil der Reichstagsmitglieder mit der wirklichen Kriegslage bekanntgeworden und hatte einsehen gelernt, daß die militärische Lage durchaus nicht irgendwelche Hoffnungen auf einen Endsieg rechtfertigte. Besonders der junge Zentrumsabgeordnete Erzberger, der die Ostfront besucht hatte, wo ihm General Hoffmann die Hoffnungslosigkeit der militärischen Lage geschildert hatte, wollte den Reichstag in Aktion bringen, denn dank seiner kirchlichen Beziehungen wußte er auch, daß der Papst in der nahen Zukunft einen Vermittlungsversuch machen werde. Um diesem Friedensversuch mehr Aussichten auf Erfolg zu geben dadurch, daß die Reichsregierung gezwungen sein würde, die Friedensbereitschaft des Volkes zur Kenntnis zu nehmen, hielt Erzberger am 6. Juli 1917 im Reichstagshaushaltsausschuß eine Rede, in der er namens des Zentrums sich der Formel des sogenannten Scheidemann-Friedens, d. h. keine Annexionen und keine Kontributionen, anschloß. Seine Rede führte dann zur folgenden Resolution des Reichstags, der sogenannten „Friedensresolution“ vom 19. Juli 1917:

„… Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß gesichert werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen und unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist …“

Diese Resolution wurde am 20. Juli mit 214 gegen 118 Stimmen bei 17 Enthaltungen angenommen. Die SPD hatte um so mehr Grund, für diese Resolution zu stimmen, da sie kaum einen Monat vorher bei der internationalen sozialistischen Konferenz in Stockholm ihre Friedensbedingungen festgelegt hatte, die sich im wesentlichen mit der Friedensresolution deckten, nämlich: Verzicht auf Annexionen und Kriegsentschädigungen, Wiederherstellungspflicht auf Gegenseitigkeit, Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Abrüstung und Freiheit der Meere.

Wenn es den drei Parteien, die für die Resolution gestimmt hatten, d. h. Zentrum, Fortschrittspartei und Sozialdemokraten, auch nur einigermaßen ernst damit gewesen wäre, dann hätten sie einen entsprechenden Druck auf die Reichsregierung ausüben müssen, um zu Friedensverhandlungen zu kommen, statt, wie es geschah, die Resolution vor deren Vorlage im Reichstag mit dem Kaiser und der Obersten Heeresleitung zu besprechen und die von dieser vorgeschlagenen Änderungen des Textes durchzuführen. Aber nicht einmal dann war die Reichsregierung bereit, auf die von der Volksvertretung in so bescheidener Weise zum Ausdruck gebrachten Wünsche des Volkes einzugehen, denn der neue Reichskanzler, der unfähige Michaelis, brachte seine Zustimmung mit den berühmt gewordenen Worten zum Ausdruck: „Wie ich es auffasse“. Da an sich der Wortlaut der Resolution sehr milde war, nahm ihr dieser Zusatz des Reichskanzlers jede Wirkung, und niemand im Ausland war dadurch auch nur für einen Augenblick von Deutschlands Friedensliebe überzeugt.

So blieb das einzige Ergebnis der Friedensresolution eine verstärkte Tätigkeit der in der Vaterlandspartei vereinigten nationalen Kreise, die in der unerhörtesten Weise nunmehr gegen den vorgeschlagenen „Schmach- und Schandfrieden“, wie sie den Verständigungsfrieden nannten, zu hetzen begannen.

Im Volk war die wahre Lage der Dinge unbekannt. Man wußte nicht, daß die Resolution wegen der Ohnmacht des Reichstages und der Unfähigkeit der Abgeordneten ein Schlag ins Wasser gewesen war. Der Krieg ging weiter. Wie wenig die Reichsregierung bereit war, überhaupt auf einen Verständigungsversuch einzugehen, zeigt die niederträchtige Heuchelei, mit der sie die Friedensaktion des Papstes 1917 vereitelte.

Der Papst hatte am 2. August 1917 Noten an alle kriegführenden Mächte gerichtet, die durchaus annehmbare Vorschläge für die Beendigung der Feindseligkeiten enthielten:

„… Der grundlegende Punkt soll vor allem der sein, daß die materielle Gewalt der Waffen durch die moralische Kraft des Rechtes ersetzt wird … Hierauf soll an die Stelle der Armeen eine schiedsgerichtliche Einrichtung … treten, nach deren Normen und zu fassenden Sanktionen

> gemeinsam gegen denjenigen Staat vorgegangen werden soll, der sich weigern würde, die internationalen Fragen dem Schiedsgericht zu, unterbreiten oder dessen Beschlüsse anzunehmen … Was die Kriegskosten … anbetrifft, sehen wir keinen anderen Weg … als den vollständigen und gegenseitigen Verzicht … um so mehr, als man die Fortsetzung einer solchen Schlächterei aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr verstehen würde … Zurückgabe der gegenseitig in diesem Augenblicke besetzten Gebiete … Infolgedessen müßte von seiten Deutschlands Belgien vollständig geräumt werden und seine politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit gesichert … ebenso müßte das französische Gebiet geräumt werden … Der Geist der Billigkeit und Gerechtigkeit soll bei der Prüfung der anderen politischen und territorialen Fragen maßgebend sein …“

Diese, wie man leicht feststellen kann, überaus wichtige und bedeutungsvolle Note war für die Reichsregierung eine Quelle der Verlegenheit, denn man wollte Belgien unbedingt behalten, und, auch das französische Kohlenbecken von Brie-Longwy sollte nicht herausgegeben werden. Andererseits konnte man jedoch schon mit Rücksicht auf die Volksmeinung in Deutschland nicht gänzlich ablehnen, auf die päpstliche Note einzugehen. So wartete man denn auf alle Fälle mit der Antwort so lange wie nur irgend möglich. Diese Note war daher noch nicht beantwortet, als Kardinal Pacelli, der päpstliche Nuntius (Botschafter) in München, am 30. August 1917 in einem Brief an Reichskanzler Michaelis feststellte, daß die Möglichkeit von Friedensverhandlungen nunmehr gegeben sei. Es heißt in diesem Brief:

> „Ich habe die hohe Ehre … , die Abschrift eines Telegramms zu übermitteln, das von … dem Gesandten des Königs von England bei dem Heiligen Stuhl … dem Kardinal Staatssekretär übergeben wurde; die französische Regierung schließt sich den … Darlegungen an … Darum hat mich Seine Eminenz (der Kardinal Staatssekretär, d. V.) beauftragt, die Aufmerksamkeit … auf den Punkt hinzulenken, welcher sich auf Belgien bezieht, und zu erreichen: 1. eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden; 2. eine gleichfalls bestimmte Angabe der Garantie für politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit, welche Deutschland verlangt. Sei diese Erklärung befriedigend, so meint Seine Eminenz, daß ein bedeutender Schritt zur weiteren Entwicklung der Verhandlungen gemacht würde. Tatsächlich hat der erwähnte Gesandte … seine … Regierung bereits verständigt, daß der Heilige Stuhl auf die im angegebenen Telegramm enthaltenen Mitteilungen antworten wird, sobald er seinerseits … die Antwort der Kaiserlichen Regierung erhalten wird …“

Nach dem Zusammenbruch wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß vom Reichstag zur Prüfung der Friedensmöglichkeiten im Jahre 1917 eingesetzt, der im Herbst 1922 über diese Möglichkeit sagte: „Eine ernste, von seiten der deutschen Regierung gewissenhaft zu prüfende Friedensmöglichkeit war bei Beginn der päpstlichen Friedensaktion vorhanden … Die deutsche Regierung hat in der formellen Behandlung der päpstlichen Friedensaktion Fehler begangen.“

Das ist recht milde ausgedrückt. Das Sprachrohr Ludendorffs, Reichskanzler Michaelis, erklärte dem Reichstag, dem gegenüber er wohl keine rechtliche Verantwortung trug, er habe wegen Belgien keinerlei Verhandlungsvorteile aufgegeben. Am 24. September endlich entschloß sich Michaelis, die Note Kardinal Pacellis zu beantworten. Er folgte dabei nicht dem Gebote der moralischen Verantwortung, die er dem kriegsmüden deutschen Volk gegenüber hatte, sondern ausschließlich dem Gebot der Obersten Heeresleitung und der Schwerindustrie. Er sagte in seiner Antwort an den Kardinal, daß er „im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage sei, eine bestimmte Erklärung

über die Absichten der Kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschten Garantien abzugeben."

Damit war die Möglichkeit, auf Grund der päpstlichen Note die bei den Westmächten zweifellos damals vorhandene Friedensbereitschaft für Friedensverhandlungen auszunützen, gescheitert. Michaelis' Antwort ist geradezu ein Hohn auf die Reichstagsresolution vom 19. Juli. Trotzdem konnte er sich straflos diese bodenlose Unverfrorenheit erlauben, denn die Mehrheitsparteien des Reichstages hatten wohl die Resolution angenommen, aber nicht die geringste Absicht, ihren Standpunkt und den ihrer Wähler gegen die Oberste Heeresleitung und die Schwerindustrie durchzusetzen. Die Stimmung des Volkes in Deutschland war für den Frieden wie nie zuvor – und dieser Friedenswille fand seinen einzigen Ausdruck in einer halbschlächtigen Resolution. Überdies ist die Ablehnung der päpstlichen Vorschläge um so weniger verständlich, als Reichskanzler Bethmann Hollweg in der Reichstagssitzung vom 4. August 1914 bezüglich Belgiens erklärt hatte:

> „Wir sind in Notwehr, und Not kennt kein Gebot … Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, Belgiens Neutralität respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiere. Wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereit stand. Frankreich konnte warten, wir aber nicht … so waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der … belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutmachen, sobald unser militärisches. Ziel erreicht ist." (Hervorhebungen vom V.)

Aber 1917 war die politische Moral der führenden Kreise Deutschlands schon so weit gesunken, daß die Versprechungen von 1914 längst vergessen waren und nur mehr der nackte Landraub als legitimes Ziel angesehen wurde.

Die russische Revolution im November 1917 hatte noch einmal Hoffnung auf einen militärischen Endsieg gebracht. Wenn Rußland ausfiele und man alle verfügbaren Truppen nach dem Westen werfen könnte, müßte es doch noch möglich sein, den Feind entscheidend zu schlagen, bevor noch die Amerikaner eine militärische Entscheidung zugunsten Deutschlands unmöglich machten. Das sahen auch die Parteien ein, die für die Friedensresolution gestimmt hatten, und vom Herbst 1917 an wurde daher trotz aller Friedensstimmung und Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung noch einmal eine Neuauflage des alten „Immer feste druff" versucht. Natürlich waren Deutschlands Gegner nicht so dumm, diese Änderung der Politik der Reichstagsmehrheit zu übersehen; dazu kam noch, daß im Frühjahr 1918 die von Deutschland Rußland und Rumänien aufgezwungenen Gewaltfriedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest zeigten, daß der Pazifismus der Reichstagsabgeordneten im Sommer 1917, soweit er nicht einfach geheuchelt war, längst verraucht sein mußte. Denn alle sogenannten Friedensparteien stimmten für den Vergewaltigungsvertrag von Bukarest; der Vertrag von Brest-Litowsk, ein wenn möglich noch ärgerer Gewaltfriede, wurde vom Zentrum und der Fortschrittspartei (unter Stimmenthaltung der SPD) angenommen, die beide für die Friedensresolution gestimmt hatten. Wenn die Friedensparteien so aussahen, konnte es zu keiner Verständigung kommen, und das deutsche Volk mußte, trotz aller Kriegsmüdigkeit und aller unsäglichen Opfer, weitermarschieren bis zum bitteren Ende. Das Fehlen einer pazifistischen Bewegung, die die Stimmung der Bevölkerung hätte zum Ausdruck bringen können, öffnete den Weg nach Versailles und zu altem Elend der Nachkriegszeit.

4. Die schwache Republik

Die Republik in Deutschland krankte von Anfang an daran, daß sie nur einer Augenblicksstimmung und den Noten des Präsidenten Wilson ihr Entstehen verdankte und keine der Parteien geistig oder programmatisch darauf vorbereitet war, weder in der Führung noch in den Anhängern. Ebensowenig waren, von einigen wenigen Persönlichkeiten abgesehen, die Friedensvereine je auf die Republik eingestellt gewesen. Die Volksmassen Deutschlands waren wohl in einem unvorstellbaren Maße kriegsmüde; diese Kriegsmüdigkeit äußerte sich jedoch politisch darin, daß die Massen in den beiden sozialdemokratischen Parteien, den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen, die Rettung aus dem Chaos sahen. Da die eine dieser beiden Parteien, die SPD, die noch dazu wegen des ihr zur Verfügung stehenden Parteiapparates damals die weitaus stärkere war, nach dem Eingeständnis eines ihrer Führer „im Krieg diesem System so viel Soldaten und so viel Geld, wie es brauchte, bewilligt hatte“ (Stampfer), und deren Führer, Ebert, nach seiner eigenen Aussage die Revolution „wie die Sünde“ haßte, war diese junge Republik alles eher als pazifistisch, trotz der pazifistischen Stimmung der Bevölkerung. Dieser Führer Ebert hatte sich nicht nur der Einführung der republikanischen Staatsform bis zum letzten Augenblick widersetzt, wie sein treuer Paladin Scheidemann erzählt, sondern auch, gleich am Tage der Ausrufung der Republik selbst, eine Allianz mit dem Generalquartiermeister Groener abgeschlossen. *„Am Abend des 9. November schloß ich telephonisch eine Allianz mit dem Volksbeauftragten Ebert, um gegen die Revolution zu kämpfen. Wir kämpften zusammen – und ich rechne mir das als Ehre an – gegen die Revolution von Anfang an …“* (Zeugenaussage Groeners unter Eid im Münchener Dolchstoßprozeß, 1935; aus dem Englischen rückübersetzt.)

Unter diesen Umständen war das Schicksal der Revolution bald besiegelt. Die beiden großen Pazifisten Liebknecht und Luxemburg waren die ersten Opfer des wiedererstarkenden deutschen Militarismus. Man mag über die übrigen Qualitäten und Verdienste der beiden Ermordeten verschiedener Meinung sein, ihre pazifistische Einstellung ist über jeden Zweifel erhaben. Sie fielen als Opfer, nicht, weil sie diese oder jene Auffassung über die gerechte Verteilung der Produktionsmittel oder über die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft hatten, sondern weil sie immer, und unbedingt gegen den Militarismus in allen seinen Formen Stellung genommen hatten, eine Stellungnahme, die vor 1918 ungefährlich war, aber nun, bei der antimilitaristischen Stimmung weiter Kreise der Bevölkerung, dem Militarismus gefährlich hätte werden können. Gerade damals kam aber alles darauf an, den Militarismus ein paar kritische Monate lang gegen den Willen der überwiegenden Volksmehrheit am Leben zu erhalten. Eine ganze Reihe der führenden SPD-Politiker, Noske, Ebert, Scheidemann, Landsberg u. a., waren überzeugt, daß das Ende des Offizierskorps, das Ende des Militarismus auch das Ende Deutschlands als politischer Einheit bedeuten würde. Darum der gelungene Versuch, in den Freikorps einen Kader des Militarismus in die Republik hinüberzuretten. Liebknecht und Luxemburg waren in der Vergangenheit die schärfsten Gegner des Militärapparates gewesen. Wie gefährlich würden sie erst in der Zukunft sein! Darum, und nicht, weil sie radikale Sozialisten waren, wurden sie ermordet.

> „Nur politisch unwissende rohe Söldlinge, die sich von ihren reaktionären Offizieren gedeckt fühlten, konnten so schändliche Taten begehen: Sie sollten freilich das Instrument sein, zu dem die Regierung in ihrer äußersten Not gegriffen hatte. Aber dieses Instrument hatte seine eigene Gesinnung und seinen eigenen Willen, es beeinflußte auch den weiteren Verlauf der Ereignisse in unheilvoller Weise.“ (Stampfer.)

Sich dieses „Instrumentes“ bedient zu haben trotz aller Proteste ihrer Wähler, eher deren Interessen und am Ende diese selbst als die Freischärler geopfert zu haben, ist die tragische Schuld der SPD und ihrer Ebert und Noske.

„War es gleich Wahnsinn, hatt' es doch Methode", denn das dritte Opfer dieser Reihe von Morden war Kurt Eisner, der Ministerpräsident Bayerns. Seine unbedingt pazifistische Einstellung war allgemein bekannt. Schon Ende November 1918 hatte er begonnen, Dokumente des bayrischen Außenministeriums zu veröffentlichen, die die deutsche Verantwortung am Weltkrieg zeigten. So brachte Eisners Amtszeit als Ministerpräsident die niederschmetternde Veröffentlichung des Berichtes der bayrischen Gesandtschaft in Berlin vom 18. Juli 1914, die wesentlich zur Festlegung der deutschen Schuld an der Auslösung des Weltkrieges beitrug. Der von ihm ernannte bayrische Gesandte in der Schweiz war einer der entschiedensten deutschen Pazifisten, Professor Friedrich Wilhelm Foerster. Am 21.2.1919 wurde Eisner erschossen; Pazifisten waren in Deutschland ihres Lebens nicht sicher, zur Zeit der Republik weniger als je zuvor. Überflüssig zu sagen, daß keiner dieser drei Morde gesühnt wurde. Eine Breslauer Zeitung, die aufgefordert hatte, den Nobelpreisträger und führenden deutschen Pazifisten Fried und alle seine Geistesverwandten an die Mauer zu stellen, denn es blieben immer noch genug seines Gelichters übrig, wurde zu 20 Papiermark Geldstrafe verurteilt. So sah also die Republik aus. Der Militarismus hatte den Krieg verloren; ein paar Tage lang schien es, als ob eine neue Ära der deutschen Geschichte beginnen sollte; aber dann saß der Militarismus wieder im Sattel, stärker als je zuvor.

Der Geist jener Zeit der Herrschaft der Freischaren, des langsam wiedererstarkenden Militarismus, wird am besten durch ein scheinbar unbedeutendes Ereignis gekennzeichnet: Am 14. März 1919 wurde in der Wohnung des Privatdozenten Dr. Gumbel Immanuel Kants Schrift *„Zum ewigen Frieden"* von haussuchenden Freischärlern als „spartakistische Literatur" beschlagnahmt!

Daß nunmehr einige pazifistische Vereine die theoretische Freiheit der Republik benützten, um ihre durch Krieg, Zensur und Gesinnungswechsel mancher Mitglieder unterbrochene Tätigkeit wieder aufzunehmen, konnte an dem Umstand nichts ändern, daß nur ein verschwindender Bruchteil führender Männer in Deutschland den Mut aufbrachte, über den wahren Anteil Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges öffentlich zu sprechen und zu schreiben. Die Tatsache, daß die Mitglieder der deutschen Friedensbewegung, die nun ihre Tätigkeit wieder aufnehmen konnte, zu dieser Minderheit gehörten, ist ihnen hoch anzurechnen; um so höher, als die politischen Parteien, auch die linken, auch in dieser Beziehung versagten. Eduard Bernstein, einer der Führer der SPD, der es wagte, auf dem ersten Parteitag der SPD nach der Revolution, Weimar 1919, von der deutschen Kriegsschuld zu sprechen, hatte damit keinerlei Erfolg. Die SPD machte David zum Präsidenten der Nationalversammlung: *„ein Mann … der wie kein Reaktionär die Unschuld Deutschlands am Weltkrieg, die Schuld der anderen behauptete."* (A. H. Fried)

In der Kriegsschuldfrage haben die deutschen Pazifisten zweifellos voll ihren Mann gestellt. Der nach der Revolution wieder ins Leben gerufene Bund Neues Vaterland erklärte im Mai 1919 in der „Friedens-Warte":

> „Noch lange aber fühlen wir uns nicht als arme Sünder, wenn wir zu dem Ergebnis kommen, daß trotz allem Elend und trotz aller Not für die Menschheit und damit schließlich Tür uns selbst es ein Glück gewesen ist, daß die Verbrecher von 1914 nicht gewonnen haben, denn diese ganze Kriegspolitik, das Spiel mit dem Feuer, das Ultimatum an Serbien, der Einbruch in Luxemburg und Belgien, war ausgesprochenes Verbrechertum, und zuletzt bleibt auch das politisch unfähigste Volk verantwortlich für die Taten einer Regierung und hat dafür die Folgen zu tragen."

Der achte deutsche Friedenskongreß (Berlin, 13. bis 15. April 1919) erklärte in seinen Resolutionen:

> „Die Versammlung erkennt prinzipiell die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges an … Der achte deutsche Pazifistenkongreß erkennt an, daß die gestürzte kaiserlich-deutsche Regierung durch die bedingungslose Unterstützung der österreichisch-ungarischen Prestige-Politik gegen Serbien schwere Schuld auf sich geladen hat. Sie ist dadurch für den Ausbruch des Krieges unmittelbar mitverantwortlich geworden. Der Kongreß weist aber zugleich darauf hin, daß das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit so wenig wie die andern Völker den Krieg gewollt hat, sondern sich, getäuscht über die Entstehungsursachen, in ihn hat hineintreiben lassen …“ – „… der Kongreß erkennt an, daß die entscheidende Schuld am Ausbruch des Weltkrieges die alte deutsche und österreichisch-ungarische Regierung in Gemeinschaft trifft.“

Der Österreicher Friedrich Hertz führte in der „Friedens-Warte“ 1919 die deutschen kriegerischen Tendenzen auf die unvollkommen entwickelte Demokratie in Deutschland zurück:

> „Immerhin aber waren die aggressiven Tendenzen gerade bei den deutschen Machthabern besonders stark entwickelt, und es fehlten leider die Gegenkräfte, die selbst in unvollkommenen Demokratien sich notwendigerweise entwickeln und der militärischen Ambition die Waage halten.“

Auch der Gründer der Deutschen Friedensgesellschaft, der Nobelpreisträger A. H. Fried, nahm wiederholt in der eindeutigsten Weise zur Schuldfrage Stellung. Um nur ein Beispiel herauszugreifen:

> „Der Kampf, der um die Frage der Schuld oder Nichtschuld bei der Auslösung des Krieges entbrannt ist, hat an Bedeutung weit das Problem überschritten, mit dessen Lösung er sich befaßt. Die Angelegenheit ist zu einem Kampf der Weltanschauung geworden, zu einem Ringen zwischen dem alten Deutschland mit seinen reaktionären Einrichtungen und reaktionären Kräften, in denen die Wurzeln des Weltkrieges an sich schon ihren Nährboden und ihre Verankerung fanden, und dem neuen Deutschland mit seiner demokratischen Grundlage und seiner Eingliederung in den übernationalen Bau der Weltorganisation. Auf diesem neuen Boden und unter dem internationalen Dach kann nur der zum Wohl seines Volkes und seines Landes wirken, der die Fehler und Irrtümer der Vergangenheit erkennt, sie zugibt und den Mut hat, sie dem schmerzvoll gebeugten Volk, das Schmeichelreden eher zugänglich ist als bitteren Wahrheiten, zu verkünden. Nur durch die erdrückend finstere Nacht der Schuldbekennung führt der Weg zum Licht der Wiedererhebung und Genesung. Die Wahl ist für jeden, der es wirklich gut meint mit Volk und Land, nicht schwer …“

Aber die von Fried geforderte Auseinandersetzung der Weltanschauungen konnte schon deshalb nicht stattfinden, weil in einer anderen, ebenso wichtigen Frage wie der nach der Kriegsschuld, der des Friedensvertrages, nicht nur das offizielle Deutschland, sondern auch die Pazifisten völlig versagten und es nicht wahrhaben wollten, daß die Taten des verbrecherischen Leichtsinns der im Juli 1914 in Berlin und Wien regierenden Herren in den Friedensverträgen die entsprechende Sühne finden mußten. Während die SPD noch bis zur Revolution die Lüge vom Verteidigungskrieg aufrecht erhielt – das Hauptorgan dieser Partei, der „Vorwärts“, schrieb noch am 31. Oktober 1918, also fünf Minuten vor Torschluß: „Der Kaiser hat diesen Krieg nicht gewollt“ – und die Parteien rechts von der SPD womöglich noch weniger von der Kriegsschuld hören wollten, waren die pazifistischen Vereine, wiewohl den deutschen Anteil an der Auslösung des Krieges zugestehend, doch nicht folgerichtig, genug in ihren Handlungen, um die entsprechende Sühne in den Friedensverträgen als solche aufzufassen. Dadurch aber, daß es, außer der USPD und Einzelgängern, niemanden in ganz Deutschland gab, der gesagt hätte, wir haben gesündigt, wir müssen sühnen, gab man – und das ist die tragische Schuld der pazifistischen Vereine und ihrer Leistungen – der Reaktion aller Schattierungen die Mittel in die Hand, die Friedensverträge zum Anlaß und Gegenstand ihrer Werbetätigkeit zu

machen, wodurch, die Rechtskreise ein Sprungbrett bekamen, nicht nur die Friedensverträge, sondern überhaupt die Republik zu bekämpfen. Es ist ein schwerer, aber berechtigter Vorwurf, den man der wiedererstandenen Friedensbewegung machen muß, der Reaktion das Stichwort für ihr Auftreten geliefert zu haben. […]

5. Der Militarismus erstarkt

Die [Weimarer] Republik in Deutschland, von vielen Millionen mit aufrichtiger Freude begrüßt, brachte jedoch keinerlei durchgreifende Änderung des Geistes der herrschenden Schicht, der hohen Bürokratie und des Militärs. Von Anfang an sahen die führenden Männer der Regierung eine ihrer Hauptaufgaben darin, den militärischen Kräften zu bestätigen, daß sie „im Felde unbesiegt" geblieben seien und daß sie, in Gestalt der verschiedenen Freikorps, ebenso die Stützen des neuen Deutschlands seien, wie sie die des alten gewesen waren. Der Kampf gegen Versailles hatte die verschiedenen Gruppen der Weimarer Nationalversammlung – mit Ausnahme der wenigen USPD-Vertreter – zu einer Art neuer August-1914-Stimmung vereint. In diesen Geist wurde die neue Verfassung so niedergelegt, daß sie wohl rein äußerlich gesehen auf die geänderten Verhältnisse Rücksicht nahm, aber da es innerhalb der Ministerien, an den Hochschulen und an allen Enden an aufrechten Vertretern dieser neuen Zeit mangelte, blieben die lobenswerten Bestimmungen der Verfassung nichts als bedrucktes Papier. So sagte die Verfassung vom 11. August 1919 in Art. 148 u. a.: *„in allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Sinne des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung anzustreben",* während in anderen Artikeln das Völkerrecht als bindender Bestandteil des Reichsrechtes übernommen: wird. Aber alle diese schönen Vorsätze bleiben solche, ohne je wirklich zur Ausführung zukommen.

Wie bei der wohl nicht rechtlichen, aber tatsächlichen Herrschaft der reaktionärsten Form des Militarismus, der Landsknechte der Freikorps, nicht anders zu erwarten war, setzte auch bald, trotz aller Beteuerungen von Volksherrschaft und neuem Geiste, ein scharfer Kampf gegen den Pazifismus ein. Der Bund Neues Vaterland stellte in einer Denkschrift an den 9. Deutschen Pazifisten-Kongreß zu Braunschweig 1920 fest:

> „Die Hoffnung der deutschen Pazifisten, daß mit dem Zusammenbruch des alten Systems auch für sie eine Zeit ruhiger und ungestörter Arbeit anbrechen würde, hat sich nicht erfüllt. Schlimmer ist, daß die Behörden, die zivilen sowohl wie die militärischen, in offenbarer Mißachtung der demokratischen Verfassung nicht im entferntesten daran denken, Gewalttaten zu sühnen oder ihnen auch nur vorzubeugen … Bereits im Januar 1919 war der Sekretär des Bundes, Otto Lehmann-Rußbüldt, wiederholt Gewalttätigkeiten ausgesetzt. Militärpersonen drangen zur Nachtzeit in seine Wohnung, raubten wesentliche Bestandteile seiner Korrespondenz und schleppten ihn zur Wache, wo er ohne Entschuldigung entlassen wurde. Beschwerden … blieben erfolglos … Einige Tage später wurde das Büro des Bundes von Soldaten heimgesucht, die Akten mitnahmen und es versiegelten. Beschwerden blieben erfolglos … Eine Versammlungssprengung folgte der andern … In einigen Fällen, wie in der großen Versammlung der ‚Deutschen Liga für Völkerbund', in der Prof. Götz und Reichsminister Erzberger sprechen sollten, war die herbeigerufene Reichswehr weder fähig noch willens, zum Schutz der Bedrohten gegen die Ruhestörer einzugreifen. Dasselbe Bild wiederholte sich in einer Reihe von deutschen Städten … So wurden in Hamburg Alexander Moissi und Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld mit Knütteln bedroht und mit Stinkbomben bedacht … Der krasseste Vorfall dieser Art trug sich am 20. Februar 1920 in … Charlottenburg … zu. Nachdem der Redner des Abends, Helmut von Gerlach, seine Einleitungsworte gesagt hatte, wurde ihm das Reden durch einen Schwall von Zwischenrufen unmöglich gemacht. Uniformierte

Gestalten und Baltikumer … umringten den Redner, beschimpften und mißhandelten ihn schwer … Wie er, wurden auch der Vorsitzende der Versammlung, Herr Dr. Gumbel, sowie eine Reihe von Versammlungsteilnehmern blutig geschlagen … Am 21. März d. J. wurde eines unserer tätigsten Bundesmitglieder, Alexander Futran, in Köpenick von einem Standgericht zum Tode verurteilt und unmittelbar darauf erschossen. (Zeit des Kapp-Putsches D. V.) Natürlich sah das Standgericht in ihm einen ‚bolschewistischen' Führer. Von einem Vertreter des Reichswehrministeriums wurde zugegeben, daß die Erschießung zu Unrecht erfolgt sei. … Am 22. Mai dieses Jahres wurde Hans Paasche auf seinem Gute Waldfrieden „auf der Flucht" erschossen. Die näheren Umstände sind bis heute noch unbekannt, da den Berichten der exekutierenden militärischen Formation irgendwelcher Wert nicht zuzubilligen ist. Man wirft Paasche vor, er sollte Kommunist gewesen sein und auf seinem Gute Waffen verborgen gehalten haben. Daß das nicht der Fall gewesen ist, haben auch die untersuchenden Behörden zugeben müssen … Man möge daraus schließen, was wir Pazifisten in Deutschland in Zukunft zu erwarten haben … Gehen solche Schläge gegen die deutschen Pazifisten weiter, so muß das hemmend auf die Zukunft des Pazifismus wirken …"

Textquelle
Diese Auszüge stammen aus der digitalen Neuedition des Bandes „Die deutsche Friedensbewegung 1870–1933" (verfasst 1947) von Richard Barkeley (https://nrw.dfg-vk.de/veroeffentlichungen : Regal zur Geschichte der Friedensbewegung, 2024, S. 9, 15, 20-55, 63-65; Ziffern der Abschnitte redaktionell). Das Werk ist auch als sehr preiswerte Paperback-Ausgabe erschienen:

Richard Barkeley: ***Die deutsche Friedensbewegung 1870–1933***. Unveränderter Text der Darstellung von 1947, ergänzt durch eine Bibliographie und Hinweise zum Verfasser. Neu herausgegeben von Peter Bürger. Norderstedt/Hamburg 2024. (ISBN 978-3-7597-0405-4; Paperback 156 Seiten; 8,90 Euro). https://buchshop.bod.de/die-deutsche-friedensbewegung-1870-1933-richard-barkeley-9783759704054